

Ressort: Politik

Vaatz warnt vor gesetzlichem Mindestlohn in Ostdeutschland

Berlin, 22.10.2013, 07:06 Uhr

GDN - Der stellvertretende Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz (CDU), hat vor den Folgen der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns für Ostdeutschland gewarnt. "Die Gefahr des Verlustes von Arbeitsplätzen ist nicht von der Hand zu weisen", sagte er der "Mitteldeutschen Zeitung" (Dienstausgabe).

Ganze Unternehmen könnten sich aus dem Osten verabschieden. Vaatz fügte hinzu: "Die Frage ist, inwieweit man das in Kauf nehmen will." Zwar geht der CDU-Politiker nach eigenen Worten davon aus, dass die SPD-Forderung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro pro Stunde durch eine Große Koalition "in etwa umgesetzt" werde. In der Sache sei das aber für die Union "eine schwierige Kiste".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-23784/vaatz-warnt-vor-gesetzlichem-mindestlohn-in-ostdeutschland.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619